

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/80

26. April 1972

Stolz auf Ernst Paul

-----  
Mann des Ausgleichs und der Völkerver-  
ständigung - Zu seinem 75. Geburtstag

Von Bundeskanzler Willy Brandt

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Keine Mehrheit für Dr. Rainer Barzel

-----  
Machthunger und Haß - das Bindeglied der  
Unionsparteien

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestags-  
fraktion

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Verantwortungslose Opposition

-----  
Politik mit anrühmigen "Protokollnotizen"

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Bundestagsverteidigungsaus-  
schusses

Seite 5 / 24 Zeilen

Demokratie muß abwehrbereit sein

-----  
Vorbildliche Arbeit des hessischen Ver-  
fassungsschutzes

Seite 6 und 7 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder  
5300 Bonn 12, Heusesallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 97 - 36  
Telefax: 886 846 / 886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Stolz auf Ernst Paul

Mann des Ausgleichs und der  
Völkerverständigung - Zu seinem 75. Geburtstag

Von Bundeskanzler Willy Brandt

Am 27. April wird ein Mann 75 Jahre, auf den wir Sozialdemokraten, mit uns aber auch alle Demokraten unseres Volkes stolz sein dürfen: Ernst Paul, der vorderste Vertrauensmann der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten.

Sein Lebensweg spiegelt die stürmischen Zeiten wider, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts unseren ganzen Kontinent, vor allem aber die Arbeiterbewegung erschüttert haben: Journalistische und politische Arbeit im Sudetenland. Führende Mitarbeit in der Jugendbewegung und in der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Flucht aus der Heimat und Exil in Schweden. Nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Jahrzehnte als hochgeachteter Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

Das besondere an Ernst Pauls Lebensarbeit sind wohl einerseits seine klare europäische Orientierung und zum anderen die starken humanitären Triebkräfte, die in jeder Phase sein Handeln bestimmt haben. Beides hat er durchgehalten in den vielfältigen Krisensituationen, die er zu bestehen hatte.

In einer solchen Situation lernten wir einander persönlich kennen. Er war es, der mich in einem Durchgangslager aufnahm, als ich 1940 von Norwegen nach Schweden kam. In den folgenden Jahren hatten wir schon deswegen engen Kontakt, weil er einer der beiden Vorsitzenden und ich ehrenamtlicher Sekretär jener Arbeitsgruppe waren, die man die "Kleine Internationale" genannt hatte. Gemeinsam mit Schicksalsgefährten aus einer Reihe von Ländern und mit unseren skandinavischen Freunden haben wir damals Friedensziele demokratischer Sozialisten formuliert.

Zu Ernst Pauls Verpflichtungen gehörte aber in erster Linie auch die unermüdliche Hilfe für nach Skandinavien geflüchtete Ver-

folgte des Hitler-Regimes. Die Folgen des Zweiten Weltkriegs, der Verlust der alten Heimat und die Auslöschung einer bodenständigen sudetendeutschen Sozialdemokratie haben ihn sehr schmerzlich getroffen. Mit Nachdruck hatte er seine Stimme gegen die Vertreibung seiner Landsleute erhoben. Aber zu keinem Zeitpunkt ließ er seinen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn in Fanatismus oder gar in Rachedenken umschlagen.

Die Erkenntnis, daß nur zähe Geduld Irrtümer und feindselige Emotionen überwinden und schließlich zum Ausgleich führen kann, hat Ernst Pauls weitere politische Arbeit geprägt. So im Europarat, wo er nicht nur als Vorsitzender der sozialistischen Fraktion und Sprecher der deutschen Delegation, sondern eine Reihe von Jahren auch als Vorsitzender des wichtigen Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen wirkte.

Trotz oder gerade wegen der eigenen leidvollen Erfahrungen hat Ernst Paul nicht gezögert, sich für eine Politik des Ausgleichs und der Verständigung auch mit den Nachbarstaaten im Osten auszusprechen. Er hat, als von Ostpolitik noch kaum die Rede war, praktische Wege zu weisen versucht, die zu gesamt-europäischen Fortschritten führen könnten.

In einem denkwürdigen Artikel vom 19. August 1970 - wenige Tage nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages - erinnerte er daran, daß die deutsch-französischen Beziehungen ein Beispiel dafür seien, wie sehr sich auch nach blutigen Kriegen Mißtrauen allmählich in Freundschaft wandeln könne; daß aber der Frieden nicht vom Himmel falle, sondern mit viel gutem Willen und Geduld errungen werden müsse. Er schloß diesen Aufsatz mit den Worten: "Jenen, die es angeht, sei... gesagt: Der Friede von heute ist keine Kapitulation. Die Kapitulation erfolgte am Ende des Krieges durch Hitlers Verschwinden aus dem von ihm erzeugten Chaos und durch die Unterschrift seiner Vollzugsorgane. Es wird nicht gelingen, diese Tatsache hinwegzumogeln."

Dem herzlichen Glückwunsch zum 75. Geburtstag möchte ich den Dank an Ernst Paul hinzufügen für all das, was er seiner politischen Gemeinschaft, seinem Volk und unserer Bundesrepublik gegeben hat. Mögen ihm noch viele Jahre gegeben sein, in denen wir einem gesicherten Frieden und Verbesserungen für die von Spaltung und Vertreibung betroffenen Menschen näherkommen.

(-/ex/26.4.1972/ks)

Keine Mehrheit für Dr. Rainer Barzel  
-----

Machthunger und Haß - das Bindeglied der Unionsparteien

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Politische Macht kann in der parlamentarischen Demokratie weder usurpiert noch ergaunert werden. Sie leitet sich aus dem Mehrheitswillen des autonomen Wählervolkes ab und ist auf Zeit delegiert. Die CDU/CSU hat niemals ein ungestörtes Verhältnis zu diesem Grundprinzip unserer Demokratie gehabt. Die Kette von Verdrehungen, Lügen, faulen Tricks und Verleumdungen zur Konservierung der eigenen Macht bis zur Bildung der sozialliberalen Koalition ist niemals abgerissen. Die Debatte um die Ostpolitik hat in den letzten Monaten nur unterstrichen, daß der Opposition fast jedes Mittel recht ist, wenn es der eigenen Partei und der Rückgewinnung der Macht nützt. Was schert sie dabei die Lebensinteressen unseres Landes. Notfalls werden sie mit einem verlogenen Augenzwinkern bedient. Sei man erst wieder an der Macht, dann sehen sich vielleicht auch die eben noch mit den übelsten Verleumdungen versehenen Ostverträge anders an.

Barzel scheut die direkte Wahlauseinandersetzung mit Bundeskanzler Brandt und seiner Mannschaft. Keine der Landtagswahlen in der Bundesrepublik hat seit den letzten Bundestagswahlen die politischen Kräfteverhältnisse in Bewegung gebracht. Im Gegenteil, die FDP hat sich eindeutig konsolidiert und ist unbestrittene dritte Kraft in unserem Lande. Die Sozialdemokraten haben gute und mäßige Wahlergebnisse gehabt. Insgesamt ist die politische Position der sozialliberalen Koalition ungefährdet und gut für einen Wahlsieg bei den nächsten Bundestagswahlen.

Und so wird von der Opposition systematisch versucht, dem von ihr aufgrund ihres mangelnden Demokratieverständnisses 1969 als "kalten Staatsstreich" bezeichneten Bonner Regierungswechsel auf die ihr eigene Weise zu begegnen. Sie gewinnt in zwei und einem

halben Jahr keine einzige der vielen Kampfabstimmungen im Deutschen Bundestag. Ihr fehlen die Alternativen in der Außen- und Gesellschaftspolitik. Doch es gelingt ihr, einzelne Abgeordnete zum Frontenwechsel zu veranlassen. Mit Krokodilstränen, falschen Umarmungen und erfundenen Begründungen lassen sich die wahren Ursachen und korrupten Hintergründe für diese "Neuerwerbungen" der CDU/CSU aber auch nicht kaschieren. Die CDU/CSU hat unserer parlamentarischen Demokratie unermesslichen Schaden zugefügt.

Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 1972 und die Ratifizierung der Ostverträge gibt der Opposition nach ihrer Einschätzung die letzte verzweifelte Möglichkeit, die Macht zu gewinnen. Und so wird von ihr ein konstruktives Mißtrauensvotum eingebracht, in der Annahme, eine knappe Mehrheit für ihren Kandidaten zu erhalten durch Stimmen aus den Reihen der Koalition. Dabei kann sie nicht einmal ihrer eigenen Stimmenzahl völlig sicher sein. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß ein Kanzler Barzel unser Volk durch Zerstörung der westdeutschen Friedenspolitik und mit den inhaltsiosen Leerformeln seiner Wirtschaftspolitik sehr schnell in eine gefährliche Lage bringen würde. Außerdem ist sich doch die Opposition nur in der totalen Negation der Reform- und Friedenspolitik der sozialliberalen Koalition einig. Das einigende Band ist bei ihr ausschließlich Machthunger und Haß. Sie ist überhaupt nicht regierungsfähig.

Wir betrachten diesen Vorstoß der CDU/CSU mit Ruhe und Gelassenheit. Das heißt nicht, daß wir nicht eine Vorsorge für die Debatte und die Abstimmung am Donnerstag hineingehen. Zu viel steht für unser Volk und für Europa auf dem Spiel. Doch unsere Gelassenheit beruht auf der Überzeugung, daß sich die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten von diesem durchsichtigen Spiel der Herren Strauß und Barzel nicht beeindrucken läßt. Der Opposition wird allerdings von uns nichts mehr geschenkt werden. Wer immer noch glaubt, in den Herren Barzel und Strauß faire politische Kombattanten vor sich zu haben, dem ist nicht mehr zu helfen.

Diese Abstimmung ist auch eine Vorentscheidung über die Ostverträge. Es wird sie ohne eine Niederlage des Herrn Barzel nicht geben. Dann allerdings würde es sehr kalt in unseren Beziehungen zu Ost- und Westeuropa werden. Unser Volk würde das unübersehbar zu spüren bekommen. Nicht der Herr Barzel versucht, die Macht allein zu übernehmen, sondern mit und hinter ihm ganz andere politische Kräfte. Sie wollen mehr als nur liegenlassen. Sie verkörpern politische Traditionen und Strömungen in unserem Land, vor denen es einem nur grauen kann. Und deshalb müssen die giftigen Nebelschwaden weg. Die Ostverträge sind reif zur Annahme.  
(-/ex/26.4.1972/ks)

+ + +

halben Jahr keine einzige der vielen Kampfabstimmungen im Deutschen Bundestag. Ihr fehlen die Alternativen in der Außen- und Gesellschaftspolitik. Doch es gelingt ihr, einzelne Abgeordnete zum Frontenwechsel zu veranlassen. Mit Krokodilstränen, falschen Umarmungen und erfundenen Begründungen lassen sich die wahren Ursachen und korrupten Hintergründe für diese "Neuerwerbungen" der CDU/CSU aber auch nicht kaschieren. Die CDU/CSU hat unserer parlamentarischen Demokratie unermeßlichen Schaden zugefügt.

Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 1972 und die Ratifizierung der Ostverträge gibt der Opposition nach ihrer Einschätzung die letzte verzweifelte Möglichkeit, die Macht zu gewinnen. Und so wird von ihr ein konstruktives Mißtrauensvotum eingebracht, in der Annahme, eine knappe Mehrheit für ihren Kandidaten zu erhalten durch Stimmen aus den Reihen der Koalition. Dabei kann sie nicht einmal ihrer eigenen Stimmenzahl völlig sicher sein. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß ein Kanzler Barzel unser Volk durch Zerstörung der westdeutschen Friedenspolitik und mit den inhaltslosen Leerformeln seiner Wirtschaftspolitik sehr schnell in eine gefährliche Lage bringen würde. Außerdem ist sich doch die Opposition nur in der totalen Negation der Reform- und Friedenspolitik der sozialliberalen Koalition einig. Das einigende Band ist bei ihr ausschließlich Machthunger und Haß. Sie ist überhaupt nicht regierungsfähig.

Wir betrachten diesen Vorstoß der CDU/CSU mit Ruhe und Gelassenheit. Das heißt nicht, daß wir nicht eine Verschiebung der Debatte und die Abstimmung am Donnerstag hineingehen. Zu viel steht für unser Volk und für Europa auf dem Spiel. Doch unsere Gelassenheit beruht auf der Überzeugung, daß sich die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten von diesem durchsichtigen Spiel der Herren Strauß und Barzel nicht beeindrucken läßt. Der Opposition wird allerdings von uns nichts mehr geschenkt werden. Wer immer noch glaubt, in den Herren Barzel und Strauß faire politische Kombattanten vor sich zu haben, dem ist nicht mehr zu helfen.

Diese Abstimmung ist auch eine Vorentscheidung über die Ostverträge. Es wird sie ohne eine Niederlage des Herrn Barzel nicht geben. Dann allerdings würde es sehr kalt in unseren Beziehungen zu Ost- und Westeuropa werden. Unser Volk würde das unübersehbar zu spüren bekommen. Nicht der Herr Barzel versucht, die Macht allein zu übernehmen, sondern mit und hinter ihm ganz andere politische Kräfte. Sie wollen mehr als nur liegenlassen. Sie verkörpern politische Traditionen und Strömungen in unserem Land, vor denen es einem nur grauen kann. Und deshalb müssen die giftigen Nebelschwaden weg. Die Ostverträge sind reif zur Annahme.  
(-/ex/26.4.1972/ks)

## Verantwortungslose Opposition

---

### Politik mit anrühigen "Protokollnotizen"

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Bundestagsverteidigungsausschusses

Die Opposition macht Politik mit höchst anrühigen "Protokollnotizen", die seit Mitte April in der Öffentlichkeit gehandelt werden. Sie erhebt dieses Machwerk zur Grundlage ihrer Argumentation. Sie schreckt nicht davor zurück, Ihr Nein zu den Ostverträgen mit verfälschten Notizen zu begründen. Das sind die Mittel, mit denen Verträge zu Fall gebracht werden sollen, die nach übereinstimmender Auffassung aller NATO-Staaten die einzige Möglichkeit sind, Sicherheit und Entspannung für Europa zu bewirken.

Niemand darf meine Feststellungen als Polemik abtun, weil folgender Sachverhalt feststeht:

1/ Einem ausgewählten Personenkreis des Auswärtigen Ausschusses sind Informationen schriftlich zugegangen. Es handelt sich um die niedergeschriebenen Fragen von Bundesratsvertretern und die vertraulichen Antworten des Auswärtigen Amtes. Diesen Bundesratsvertretern sind nachweislich alle gestellten Fragen beantwortet worden.

2/ Der Opposition lagen ausser den schriftlichen Informationen verfälschte Protokollnotizen vor.

3/ Daraus haben sich für sie zusätzliche Zweifel ergeben.

4/ Die Opposition hatte über 10 Tage Zeit, ihre Zweifel durch Fragen an das Auswärtige Amt ausräumen zu lassen.

5/ Sie hat in dem genannten Zeitraum dem Auswärtigen Amt nicht eine einzige Frage zur Beseitigung ihrer Zweifel gestellt.

Ergebnis: Verantwortungslose Opposition. (-/ex/26.4.1972/mäu)

+ + +

Demokratie muß abwehrbereit sein

Vorbildliche Arbeit des hessischen Verfassungsschutzes

Über Hessens Verfassungsschutz liegt nicht der Schleier des Geheimnisvollen. Hessens Verfassungsschutz sucht die Öffentlichkeit. Sie mit den Problemen der "abwehrbereiten" Demokratie vertraut zu machen, den Bürger von der positiven Funktion der Verfassungsschützer zu überzeugen - das ist Sinn und Zweck des im Hessischen Innenministeriums eingerichteten Referats "Positiver Verfassungsschutz".

Mit dieser Feststellung kommentierte Innenminister Hans-Heinz Bielefeld den von ihm vorgelegten Tätigkeitsbericht des Positiven Verfassungsschutzes für das Jahr 1971.

Danach beteiligte sich das Referat an 120 Veranstaltungen, bei denen über 3.400 Personen - etwa die Hälfte waren sogenannte Multiplikatoren im Bereich der politischen Bildungsarbeit - unmittelbar angesprochen worden sind. Es handelte sich um Forumdiskussionen, Seminare, systematischen Unterricht und öffentliche Vorträge vor Beamten, Angestellten, Industriearbeitern, Schülern, Studenten, Gewerkschaftsfunktionären, Journalisten und kirchlichen Jugendgruppen.

Diese Arbeit in der Öffentlichkeit gilt der Forderung nach größtmöglicher Transparenz und Offenheit auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes. Es wurde nicht für die Verfassungsschutzbehörden geworben, vielmehr sollte dem Bürger am Beispiel der Institution des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes der Begriff der "streitbaren Demokratie" - eine Deutung des Bundesverfassungsgerichts in ständiger Rechtsprechung - verdeutlicht werden. Es berührt das alte Problem der "Toleranz der Intoleranz". Ziel der Öffentlichkeitsarbeit war und ist, den Außenstehenden klar zu machen, welche Aufgaben die Verfassungsschutzbehörden zu erfüllen und welche rechtsstaatliche Grenzen sie bei ihrer Tätigkeit zu beachten haben. Das bedeutet: Der Verfassungsschutz ist keine Bestandsgarantie für die jeweils Regierenden.

Zur Unterstützung dieser Veranstaltungen wurde als Informationsmaterial eine "Kurz-Information über den nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz" an über 4.200 interessierte Personen verteilt. Es handelt sich hier um die erste Veröffentlichung dieser Art in der Bundesrepublik. Diese amtliche Darstellung enthält ein klares Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat. In den zahlreichen zum Teil sehr lebhaften Diskussionen

konnten sich auch die schärfsten Kritiker dieser Auffassung nicht verschließen.

Ein Schwerpunkt der Informationstätigkeit lag im Schulbereich. Eine gute Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium und den Schulbehörden ermöglichte eine Reihe von Informationsveranstaltungen mit Schulräten, Oberstudiendirektoren, Studienleitern für politische Bildung, Fachlehrern für Sozial- und Gemeinschaftskunde und Berufsschullehrern in Hessen (insgesamt über 200). In 11 hessischen Gymnasien diskutierten die Referenten unmittelbar mit 900 Schülerinnen und Schülern der Klassen 12 und 13. Hier wurde ebenfalls positiv vermerkt, daß endlich die Gelegenheit bestand, offen und freimütig Fragen des Verfassungsschutzes im weitesten Sinne mit zuständigen Fachreferenten zu diskutieren. Vorurteile und Mißverständnisse konnten weitgehend beseitigt werden.

Im Bereich der inneren Verwaltung wurden rd. 2.100 Beamte über Aufgaben des positiven Verfassungsschutzes und über Denkvorstellungen verfassungsfeindlicher Bestrebungen informiert. In den Dienstorten der Bereitschaftspolizei diskutierten die Polizeibeamten nach dem ersten Dienstjahr Fragen des Verfassungsschutzes. An der Hessischen Polizeischule informierten sich 850 Hauptwachmeisteranwärter über Formen des politischen Radikalismus.

Den Polizeibeamten sind in diesem Zusammenhang die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Ursachen dieser Bestrebungen nahegebracht worden. Als Lernziel war die differenzierte Betrachtungsweise bei Vorgängen des politischen Extremismus vorgeseher. Adressaten der Informationen waren ferner die demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Einrichtungen der politischen Bildung und kirchliche Stellen. Über 300 Bürger in und außerhalb Hessens erhielten Auskünfte und entsprechendes Informationsmaterial zugesandt.

Ermutigend war das breite Echo in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Politologen wie Thomas Walde an der Universität Hamburg kommentierten positiv die neuen Wege der Öffentlichkeitsarbeit und die Interpretation der Verfassungsschutzgesetze. Anfragen aus anderen Bundesländern waren keine Seltenheit mehr.

(mdi/ex/26.4.1972/ks)